

**3206. Wiedereinbürgerung.** Nach Einsicht eines Antrages der Direktion des Innern

b e s c h l i e ß t d e r R e g i e r u n g s r a t :

I. Zuschrift an die Polizeiabteilung des eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, in Bern:

Mit Schreiben vom 16. September 1937 überwiesen Sie uns ein Gesuch der in Zürich wohnhaften Frau Elsa Herzog geschied. Schnitzer, ungarische Staatsangehörige, geboren in Zürich am 29. September 1906, um unentgeltliche Wiederaufnahme in ihr früheres Bürgerrecht des Kantons und der Stadtgemeinde Zürich zur Vernehmlassung.

Frau Herzog unterhielt in den Jahren 1932/33 ein Verhältnis mit einem verheirateten Architekten. Auf Beschwerde hin hat die Fremdenpolizei eine Untersuchung angeordnet und die Bewerberin verwarnt unter Androhung des Entzuges der Aufenthaltsbewilligung und Wegweisung. Die neuesten Erkundigungen durch das Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich haben ergeben, daß das Verhalten der Bewerberin in der letzten Zeit zum mindesten wieder als anstößig bezeichnet werden muß. Es steht somit fest, daß die angedrohten fremdenpolizeilichen Maßnahmen eine nachhaltige Wirkung nicht zu erreichen vermochten. Frau Herzog ist im Besitze einer befristeten Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung, die ihr besonders im Hinblick auf das Scheidungs- und neuerdings auf das Rückbürgerungsverfahren erteilt wurde. Umsomehr muß es befremden, wenn sich die Bewerberin nicht einmal während dieser Zeit bemüht, einen einwandfreien Lebenswandel zu führen. Unter diesen Verhältnissen kann die Bewilligung der Wiedereinbürgerung nicht in Frage kommen und wir beantragen mit dem Stadtrat Zürich Abweisung des Gesuches zurzeit.

II. Mitteilung an die Direktion des Innern.